

1. Werkstattgespräch: Soziale Arbeit als Koproduktion

Zusammenfassende Notizen zum Gesprächsverlauf des Werkstattgesprächs zum Bundesmodellprogramm des BMFSFJ „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) am 11. Juli 2000 im Centre Français de Berlin.

Der programmatische Ansatz „Soziale Arbeit als Koproduktion“ des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) hebt die Bedeutung der lokalen Akteure hervor und will vor allem zur Verbesserung der Vernetzung und zum fachlichen Diskurs beitragen. Das Programm „E&C“ ist als Partnerprogramm der Bund-Länder-Vereinbarung „Die Soziale Stadt – städtische Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ konzipiert. Die Gebiete sind die für dieses Programm ausgewählten Standorte. In Ergänzung zu den Gebieten des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“ erweitert das Programm „E&C“ den sozialräumlichen Ansatz auf jeweils einen Landkreis pro Flächenland.

Aufgabe der Regiestelle

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat als Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung die Regiestelle des Programms „E&C“ an die Stiftung SPI vergeben. Die Schwerpunkte der Tätigkeit der Regiestelle entfallen auf die Bereiche Kooperationsagentur, Kontakt- und Informationsdrehscheibe, Serviceagentur und Programmmitelbewirtschafter.

Damit unterscheidet sich dieses Programm wesentlich von den traditionellen Modellprogrammen des Bundes. Es bezieht sich nicht nur ausdrücklich auf ein städtebauliches Leitprogramm, sondern versucht die Akteure auf Bundes- und Landesebene, sowie auf der Ebene der Gebietskörperschaften aktiv an der Herausbildung von fachlichen Standards, der Frage der Qualitätssicherung, der Entwicklung von Steuerungsinstrumenten, wie des integrierten Ressourceneinsatzes, zu beteiligen. Das Programm „E&C“ ist deswegen nicht darauf ausgerichtet, stellvertretend oder ersatzweise sozialräumliche Strukturen auf lokaler Ebene bzw. Steuerungsinstrumente auf Landesebene einzurichten bzw. die Organisationsstrukturen der beteiligten Akteure mit eigenen Angeboten und eigenen Strukturen zu ergänzen, sondern will die fachlichen Aspekte und den gesetzlichen Auftrag des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) in das Gesamtverfahren aktiv einbringen und über die Abbildung gefundener „Lösungen“, wie durch

die Dokumentation des Verlaufs des fachlichen Diskurses auf allen Ebenen zur Ressourcenoptimierung und -synergie beitragen.

Die vom BMFSFJ zum Werkstattgespräch ausgewählten Expertinnen und Experten bilden einen Querschnitt der beteiligten Akteure der „Sozialen Stadt“ und des Programms „E&C“ auf den Ebenen Bund, Land, Kommune, KJP-Träger und Quartiersmanager.

Statements zur Einführung

In die Programmphilosophie der „Sozialen Stadt“ und des Programms „E&C“ führten Herr Peter Kupferschmid vom BMFSFJ, Herr Dr. Peter Löhr vom Difu, Herr Dr. Christian Lüders vom DJI und Herr Hartmut Brocke von der Stiftung SPI ein.

Die Struktur der Regiestelle der Stiftung SPI ist in drei unterschiedliche Bereiche gegliedert:

- a) Programmsteuerung
- b) Programmvernetzung
- c) Netzwerke, fachlicher Diskurs, Dissemination, Partnerschaften.

Aus der vorgelegten Übersicht geht hervor, dass besonderes Augenmerk bei der Programmsteuerung auf die wechselseitige Abstimmung zwischen dem Programm „Die Soziale Stadt“ und dem Programm „E&C“ gelegt wird. So wird das Deutsche Jugendinstitut (DJI) mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) eine Kooperationsvereinbarung abschließen. Bestandteil der Steuerung des Programms „E&C“ ist eine Clearingstelle, wo die beteiligten Vertreter im Vorfeld und während der gesamten Programmdauer nicht nur den jeweiligen Verfahrensstand und die Verfahrensplanung abstimmen, sondern insbesondere auch Doppelarbeit und Doppelbelastung der Verfahrensakteure vermeiden wollen.

Das Programm „E&C“ verfügt darüber hinaus über einen Programmbeirat und eine Steuerungsrunde, in denen neben dem BMFSFJ das DJI, die Regiestelle der Stiftung SPI sowie die Bundesanstalt für Arbeit vertreten sind. Für die Bereitschaft der Bundesanstalt für Arbeit, sich verantwortlich und aktiv an der Umsetzung des Programms „E&C“ zu beteiligen, bedankte sich der Vertreter des BMFSFJ ausdrücklich.

Weitere Informationen über Programmatik, Materialien zum Nachlesen, wie zum Herunterladen sind auf folgenden Adressen im Internet bereitgestellt:
www.bmfsfj.de
www.sozialestadt.de
www.stiftung-spi.de
www.dji.de
www.eundc.de

Über das Teilprogramm „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ wird informiert unter:
www.fstj.de

Weiteres Merkmal der Regiestelle ist, dass sie sowohl von der personellen Ausstattung, wie von der Programmatik her, von vornherein auf die Beteiligung dritter Institutionen sowohl bei den Regionalkonferenzen, als auch bei den Fachforen ausgerichtet ist. Die Programmatik „Soziale Arbeit als Koproduktion“ findet sich deshalb in den Programmstrukturen von „E&C“ wieder.

Zur jugendpolitischen Bedeutung informieren zwei Presseinformationen des BMFSFJ, zum einen der Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und zum anderen des Staatssekretärs Peter Haupt anlässlich der Tagung „Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt – Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen“ im November 1999.

Ergebnisse des Werkstattgesprächs: „E&C“ und „Die Soziale Stadt“ als Beitrag zu einer aktiven Sozialpolitik auf der Ebene der Städte und Gemeinden

Die Beiträge der Teilnehmer des Werkstattgesprächs machten deutlich, dass die Programmprinzipien der „Sozialen Stadt“ und die des Programms „E&C“ den politischen Konsens zum Gesamtverfahren in den ausgewählten Quartieren, der Politik und auch der beteiligten Akteure voraussetzt. Sie sahen darin eine Stärkung der bestehenden kommunalen Strukturen und warnten davor, im Rahmen von lokaler Entwicklungspolitik neue bzw. alternative Strukturen zu den bestehenden zu entwickeln.

Eine weitere Hauptaufgabe bestünde darin, aus sogenannten „uninteressierten“ Bürgern, „interessierte“ für ihr Wohngebiet zu machen. Dies gelingt nicht über formale Beteiligungsverfahren, sondern durch einen kontinuierlichen Beteiligungsprozess als Lern- und Emanzipationsprozess. Voraussetzung dafür seien Steuerungsinstrumente, wie sie unter dem Begriff des Quartiersmanagements und der ARGEBAU entwickelt worden sind. Aus der Sicht der Teilnehmer des Werkstattgesprächs wurde darauf hingewiesen, dass ein solches Quartiersmanagement bei allen Beteiligten – Politik, Verwaltung, Bürger, freie Träger – Akzeptanz finden müsse. Insofern gibt es aus der Sicht der Teilnehmer keine ideale Lösung, obwohl die Vergabe an Dritte präferiert wurde, sondern nur die „örtlich akzeptierte Lösung“, wobei die Aufgaben und die Standards, die zu einem abgestimmten lokalen Aktionsplan führen, die entscheidenderen seien.

Diese Aktionspläne definieren auch Kooperationsfelder, z. B. eine aktive Beteiligung der Arbeitsämter an lokalen Aktionsstrategien. Die Aktionspläne sind damit eine wichtige Voraussetzung für Kooperation.

Von den anwesenden Vertretern aus dem Be-

reich der Städte und Gemeinden sowie den Ämtervertretern wurde darauf hingewiesen, dass darauf geachtet werden müsse, dass das Programm „Die Soziale Stadt“ und das Programm „E&C“ dazu beitragen, Dezentralisierung und Bürgernähe zu erreichen. Keinesfalls könne man eine Lokalisierung von Zuständigkeiten befürworten. Dies entspricht auch der Grundphilosophie: Jeder Beteiligte bringt das ein, was er kann, und bleibt in der Verantwortung für das, was er einbringt.

Hierzu gehöre auch, dass zum einen „eher traditionelle“ Multiplikatoren wie kommunalpolitische Funktionsträger, sachkundige Bürger und andere z. B. in Vereinen engagierte Bürger animiert und motiviert werden und zum anderen neue Multiplikatoren z. B. zur Durchführung von Projekten, Gründung von Vereinen und Initiativen gewonnen werden.

Wichtige Aspekte für die Einrichtung eines solchen Quartiersmanagements seien die Ressourcenbereitstellung für deren Steuerung bzw. Vernetzung und die Bürgerbeteiligungsverfahren.

Die Teilnehmer des Werkstattgesprächs sprachen sich mehrheitlich für das Prinzip der Fördervielfalt und der Kombination von Fördermitteln aus und erwarteten als Ergebnis der Förderprogramme, eine Ausrichtung der Bundes-, Landes- und Kommunalförderung in der Weise, dass – auch kombinierte – Finanzierungsbudgets vor Ort möglich werden.

Die Vertreter des Quartiersmanagements, aber auch die der freien Träger, machten darauf aufmerksam, dass es eine Vereinfachung der Förderverfahren geben müsse. Allerdings werde eine solche Fördervereinbarung voraussetzen, dass präzise Zielvereinbarungen für Projekte oder deren Teile, die Frage der Ergebniskontrolle und neue Formen von Leistungsverträgen der „Preis“ für eine solche Vereinbarung seien. Hinderlich seien dabei vor allem die Kulationsverbote.

Die idealerweise vor Ort einzunehmende Haltung der beteiligten Akteure sei die Frage: „Was habe ich in das Gesamte einzubringen?“ und nicht die: „Wie kann ich meine Verantwortung auf andere abwälzen bzw. von Dritten finanzieren lassen?“ (Forderungen an sich selber stellen).

Es gehe insgesamt darum eine Gesamtbewegung auszulösen, um das Potential sozialräumlicher Ansätze auch in anderen Stadtteilen auszuschöpfen.

Der Sozial- und Jugendbereich, Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Trägern, Stärkung der lokalen Akteure

Es wurde konstatiert, dass soziale Arbeit als Koproduktion betrieben, Transparenz und offene Diskussion verlangt. Es wurde konstatiert,

Lokale Aktionspläne sind eine wichtige Voraussetzung für Kooperationen: Jeder Beteiligte bringt das ein, was er kann, und bleibt in der Verantwortung für das, was er einbringt.

dass Transparenz und offener Diskurs in Zeiten knapper Kassen und Verteilungskämpfen einen schweren Stand habe. Das SGB VIII kennt die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes. Der Jugendhilfeausschuss ist das gemeinsame Steuerungsinstrument von öffentlichen und privaten Trägern. Die Beteiligung ist gesetzlich gesichert. Auf lokaler Ebene umgesetzt, kann Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII eine wichtige Bedeutung zukommen. Aus der Sicht der Teilnehmer des Werkstattgespräches können die bestehenden Organisationsprinzipien des SGB VIII in hervorragender Weise zur Umsetzung lokaler Aktionspläne genutzt werden.

Von den Teilnehmern des Werkstattgespräches wurde ausgeführt, dass im Rahmen der Novellierungsdiskussion des SGB VIII und des Bundessozialhilfegesetzes neben den Modellstandorten und einer lokalen Kooperation zwischen Sozial- und Arbeitsamt zusätzlich die Aufnahme einer „Experimentierklausel“ in beide Gesetzeswerke noch in dieser Legislaturperiode für wahrscheinlich eingeschätzt wird. Damit wird – besser als bisher – die Abgleichung der „Leistungen“ unterschiedlicher Systeme möglich.

Die Strukturreform der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten Jahren hat aus der Sicht des Vertreters der Bundesanstalt zu einer besseren Qualität der Aufgabenbewältigung geführt, da die regionalen Verhältnisse und die arbeitsmarktlichen Förderschwerpunkte besser auf die lokalen Verhältnisse übersetzt werden konnten.

Allgemein wurde kritisiert, dass bei der Auswahl der Gebiete zum Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ der Sozial- und Jugendbereich unzureichend beteiligt worden sei. Gleichzeitig wurde aber konstatiert, dass sowohl das Förderprogramm „Die Soziale Stadt“, als auch das Programm „E&C“ bereits heute bewirkt hätten, dass bundesweit eine breite öffentliche Diskussion zum Thema lokalkräumliche Strategien eingesetzt hätte.

Thema: Sozialraum/Quartier

Neben der Diskussion über die gefundenen Begrifflichkeiten (die dann aber zurückgestellt wurden) wurde bei den Werkstattgesprächen die Begrifflichkeit des Sozialraums „Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf“, „Soziale Brennpunkte“ problematisiert. Zum einen ist zu konstatieren, dass die rund 170 ausgewählten Quartiere sehr unterschiedlich sind (es gibt Quartiere mit 50.000 Einwohnern, es gibt Quartiere mit 500 Einwohnern) und die quartierspezifischen Problematiken höchst vielfältig und verschieden sind. Einigkeit bestand darin, dass ein Sozialraum und ein Quartier nicht gleichzusetzen sind mit einem statistischen Gebiet und dass es zur Zeit kein Verfahren gibt

(Monitoring), welches gesicherte methodische Erkenntnisse darüber liefert, ob sich ein Wohngebiet in Richtung besonderer Erneuerungsbedarf/sozialer Brennpunkt entwickelt bzw. entwickelt hat.

Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Probleme und Missstände können ebenso Anlass und Anstoß für eine Gebietsauswahl gewesen sein, wie die Kumulation sozialer Missstände und Auffälligkeiten.

Hinzu kommt, dass je nach spezifischer Lebenssituation und Lebenslage der Raum, der als Wohn- und Lebensraum erfahren wird, höchst unterschiedlich ist.

Beispiele aus Leipzig und Magdeburg zeigten, dass die Grundprobleme in solchen Gebieten weniger die Kumulation von sozialen Problemen, als vielmehr der „massenhafte“ Wegzug mobiler und wirtschaftlich gesicherter Bevölkerungsgruppen ist. So hat der Leerstand in einzelnen Quartieren die 50 %-Marke überschritten. Hier steht man vor dem Problem eines angemessenen Rückbaus von Wohnungen und der Verbesserung durch Wohnumfeldgestaltung und Umnutzung von Infrastruktureinrichtungen, da die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland die Grundlage für den Exodus seiner Bewohner sei.

Der Vertreter der Wohnungswirtschaft machte deutlich, dass die Wohnungseigentümer schon aus dieser Not heraus beide Programme begrüßen und sich in ihren Anstrengungen eher allein gelassen fühlen. Oftmals sind die Wohnungsbaugesellschaften der Motor für lokale Gebietsentwicklungen.

Themen zum fachlichen Diskurs

Im Rahmen einer Abfrage haben alle Teilnehmer Schwerpunkte für einen fachlichen Diskurs/Fachforum vorgeschlagen:

- Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe, lokale Projekte und Programme
- Anforderungen an die Ausbildung an Fachhochschulen und Hochschulen, Entwicklung von Praktika in den Handlungsfeldern der „Sozialen Stadt“
- Förderstrukturen, Fördermittel auf lokaler Ebene, Anforderungen an eine integrierte Förderungsprogramm
- Junge Existenzgründer im Quartier
- Kooperation der Jugendhilfe und der Schule
- Stadtteilkulturarbeit, Lebenskunst, Partizipation
- Stadtteilbiographien, neue Geschlechterrollen
- Bevölkerungsverluste in Stadtquartieren
- Beteiligungsstrategien und Ehrenamt (Jugendliche)
- Partizipation junger Menschen an lokalen Aktionsplänen
- Integration sozialräumlicher Ansätze in die Ausbildung von Sozialpädagogen etc.
- Problemfeld Kriminalität, neue Kooperation mit Justiz und Polizei
- Entwicklung neuer Kooperationsstrukturen über das Herstellen von Bündnissen
- Quartierspolitik und Wirtschaftspolitik

- Existenzgründungsstrategien für Mädchen und Frauen
- Spezifische Angebote in den neuen Medien für Mädchen und junge Frauen
- Der Sozialraum als fachlich interdisziplinärer Handlungsprozess
- Endogene potentielle Blockaden im Quartier, Kirchturmpolitik von oben und von unten
- Partizipation junger Menschen, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt, interkulturelles Lernen
- Beispiele einer gelungenen Kooperation der Wirtschaft vor Ort
- Jugendwohnen und Stadteilerneuerung
- Migrant*innen/Entghettoisierung
- Qualifizierungsbedarf und -angebote für die Akteure vor Ort
- Fördertöpfe, deren Struktur und Vernetzung, Förderfibel
- Wo liegen die Perspektiven für Jugendliche in Städten mit Bevölkerungsverlust (wo sind die Angebote einer

Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung) ■ Für einen Dialog Jugendbildung, Arbeitswelt, Schule, Leben, Wohnungsbau ■ Beispiele gelungener Kooperationsstrukturen vor Ort

Netzwerke und Ehrenamt

Das Werkstattgespräch wurde abgeschlossen mit einer Kurzinformation zu dem Teilprogramm „Netzwerke und Ehrenamt in strukturschwachen ländlichen Regionen“. Dieser Programmschwerpunkt ist zur Zeit in der Abstimmung zwischen dem BMFSFJ, den Bundesländern und den Landkreisen, so dass über die Ausgestaltung im Detail noch nicht berichtet werden konnte.

■ **Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Juli 2000**

An dem Werkstattgespräch nahmen teil:

Hartmut Brocke Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI)
Anette Brummel Deutscher Bundesjugendring
Paul Füllbier BAG JAW Bonn
Norbert Grabitz Arbeitsamt Berlin Südwest
Jürgen Grimm Stadtteilbüro Hakedahl
Burkhard Hintzsche Deutscher Städtetag Köln
Angelika Huber Frauen-Computer-Schule AG
Peter Klausch Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe e. V. (AGJ)
Andreas Koch Grünbau GmbH
Dörte Koch Jugendamt Neuruppin
Wolfgang Krumm Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Peter Kupferschmidt Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dr. Rolf-Peter Löhr Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Uwe Lübking Deutscher Städte- und Gemeindebund Berlin
Dr. Christian Lüders Deutsches Jugendinstitut e.V. München (DJI)
Peter Marquard Sozial- und Jugendamt Freiburg
Brigitte Prautzsch Phantasia BKJ Leipzig
Rudolf Schmidt Deutsche Sportjugend Berlin
Heinrich Sonsalla Wohnungsbaugesellschaft mbH Magdeburg
Dr. Jürgen Thiel Bundesanstalt für Arbeit
Christa Töwe Amt für Jugend Hamburg
Sabine Wißdorf Jugendseelsorge der Bischofskonferenz Düsseldorf
Reinhard Wölpert Stadtplanungsamt Leipzig

■ „E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ ist ein Bundesmodellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

■ Herausgeber: Regiestelle E&C der Stiftung SPI

■ Mehr Informationen unter: www.bmfsfj.de und www.eundc.de

■ Dieser Newsletter wird über eine Mailingliste verteilt. Sie können den Newsletter abonnieren, indem Sie eine leere eMail an join-eundc-news@liste.eundc.de senden.